

Taten statt Worte.



PARLAMENTSINFORMATION

19. NR-Sitzung, Dienstag, 21.04.2009

20. NR-Sitzung, Mittwoch, 22.04.2009

Eine Auswahl der im Parlament behandelten Materien
erstellt für

NAbg. Erwin Kaipel
durch IOS-Management

Budgetrede von Finanzminister Josef Pröll

Angesichts der Wirtschaftskrise gilt es die Beschäftigung zu fördern und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dafür nehme man ein erhöhtes Defizit in Kauf. Denn nur durch zusätzliche Ausgaben könne man der Wirtschaftskrise gegensteuern - und sie möglichst kurz halten. Dafür gebe Österreich in den Jahren 2009/2010 fast fünf Milliarden aus, 2.135 Millionen im Jahr 2009 und 2.858 Millionen im Jahre 2010 für die Steuerreform.

Für die einzelnen Ressorts sieht es folgendermaßen aus: 1,3 Milliarden Euro werden mehr für Unterricht, Bildung und Forschung ausgegeben; 905 Millionen Euro mehr für Forschung und Entwicklung; 2,97 Milliarden für soziale Sicherheit und Arbeitsmarktpolitik; 828,8 Millionen für die Familienförderung; 145 Millionen für die Gesundheit.

Die jährliche Neuverschuldung wird laut den Budgetzahlen heuer 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen, in den Jahren bis 2012 bei jeweils 4,7 Prozent liegen und erst 2013 wieder leicht sinken. Verantwortlich für die ausufernde Neuverschuldung - 4,7 Prozent bedeuten das dritthöchste Defizit seit 1976 - ist laut Pröll die "katastrophale Wirtschaftslage".

Schulorganisationsgesetz (SchOG)

- Der Modellversuch Neue Mittelschule, der im Schuljahr 2008/2009 gestartet wurde und ein Angebot für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14jährigen darstellt, ist laut Schulorganisationsgesetz (SchOG) auf zehn Prozent der Klassen an öffentlichen Schulen, im Fall von Pflichtschulen auf 10 Prozent der Klassen an öffentlichen Pflichtschulen im jeweiligen Bundesland beschränkt. Dieses Limit soll nun durch eine SchOG-Novelle insofern gelockert werden, als in Hinkunft die 10-Prozentgrenze für Pflichtschulen in einzelnen Bundesländern überschritten werden darf, sofern diese bundesweit eingehalten wird.

Abstimmungsverhalten: Der Gesetzesentwurf wird mehrheitlich angenommen.



Sicherheitsbericht 2007

- Dieser Bericht geht, wie schon die Sicherheitsberichte vorangegangener Jahre, sehr ins Detail, umfasst über 700 Seiten und enthält eine Vielzahl von Statistiken und Graphiken.

Abstimmungsverhalten: Der Sicherheitsbericht 2007 wird mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Dringlicher Antrag der FPÖ betreffend "Solidarität statt Klassenkampf"

SPÖ-Position:

Budget- und Finanzsprecher **Krainer** kontert, es ist FPÖ-Finanzminister Grasser gewesen, dessen Politik zur höchsten Steuer- und Abgabenquote geführt hat. Die FPÖ hat zur Zeit ihrer Regierungsbeileiligung die durchschnittlichen VerdienerInnen mit lediglich 7 € pro Monat entlastet, die jetzige Tarifenkung bringt 35 € pro Monat. Krainer verteidigt die Diskussion um die Vermögenssteuer, denn man muss unterscheiden zwischen denjenigen, die arbeiten gehen und Steuern zahlen, und denjenigen, die arbeiten lassen und wenig Steuer dafür bezahlen. Er sieht es daher als eine Notwendigkeit an, unabhängig von der Wirtschaftskrise eine Diskussion über eine Steuerreform mit dem Ziel größerer Steuergerechtigkeit zu führen.

Abstimmungsverhalten: Der Dringliche Antrag der FPÖ wird abgelehnt. Der EntschlieÙungsantrag der Regierungsparteien wird mehrheitlich angenommen.

Rechnungshof-Bericht OÖ GKK

- Ein Vergleich der Wiener GKK mit der oberösterreichischen GKK.
- Österreich Werbung

Rechnungshofsprecherin **Lapp** erinnert an den Vergleich der Gebietskrankenkassen von Wien und Oberösterreich durch den Rechnungshof. Dabei gilt es nicht nur die Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten, sondern auch auf die hohe Qualität der medizinischen Leistungen und auf das Vertrauen der PatientInnen zu achten. Der Rechnungshofbericht hat das hohe Defizit in Wien auch mit der speziellen Situation der Großstadt, den Ärztehonoren und der besonderen Qualität der medizinischen Leistungen in Wien erklärt, sagt Lapp und weist den Vorschlag der Opposition, Krankenversicherungsträger zusammenzulegen, zurück, weil regional und vor Ort tätige Krankenkassen wichtig sind, um weitere Verbesserungen im Gesundheitssystem zu erreichen.

Abg. **Kaipel** gibt zu bedenken, dass die Krankenkassen nicht zuletzt deshalb in einer schwierigen finanziellen Lage sind, weil die zwischen den Jahren 2000 und 2006 amtierende Regierung die Kassen durch verschiedene Maßnahmen jährlich mit 2,6 Mrd. € belastet hat. Die Empfehlungen des Rechnungshofes an die Wiener Gebietskrankenkasse wertet er als durchaus vorbildhaft, wobei Kaipel vor allem bei den Vertragspartnern der Kassen Einsparungspotential ortet.

Abstimmungsverhalten: Der Rechnungshofbericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.



Fremdenpolizeigesetz

- Die Grünen fordern in einem Entschließungsantrag von der Regierung einen zwischen Justiz- und Innenministerium koordinierten Entwurf für eine Novelle des Fremdenpolizeigesetzes. Darin soll § 115 des Fremdenpolizeigesetzes entschärft werden, indem Angehörige von illegal im Land befindlichen Menschen hinsichtlich Strafbarkeit privilegiert werden.

Abstimmungsverhalten: Die dem Bericht des Menschenrechtsausschusses angeschlossene Entschließung wird mit Mehrheit angenommen.

Maria Berger als Richterin am EuGH nominiert

- Maria Berger, EU-Abgeordnete und ehemalige Justizministerin, wird als österreichische Richterin beim EuGH nominiert. Nachdem die Bundesregierung die Nominierung im Ministerrat am 21. April beschlossen hat, erfolgt heute das Einvernehmen im Hauptausschuss mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen mehrheitlich.

SPÖ-Position:

Klubobmann **Cap** unterstreicht die hohe Qualifikation Bergers. Sie verfügt nicht nur über Fachkenntnis, sondern bringt auch politische Erfahrung mit, was notwendig ist, zumal der EuGH an politischer Bedeutung gewonnen hat.

Erste Lesung der Budgets für die Jahre 2009 und 2010

Klubobmann **Cap**: Die Krise hat Auswirkungen auf die Standorte, und alle sind von der Krise und ihren drohenden Folgen – soziale Konflikte und Ansteigen der Armut – betroffen. Österreich hat sich den Herausforderungen früh gestellt und er erinnerte an die Beschlüsse des Nationalrats wie das Vorziehen der Steuerreform, an das Banken- und an die beiden Konjunkturpakete. Es gibt allerdings auch Interessen, die Krise für eigene Ziele zu nützen; Aufgabe des Staates ist es daher, strenge Kontrolle auszuüben. Es geht um öffentliche Gelder und man hat nichts zu verschenken, sagt Cap. Mit der Ausweitung der Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik und dem Kampf um jeden Arbeitsplatz signalisiert die Regierung, dass es um jeden einzelnen Österreicher geht. Kein Bereich darf zu kurz kommen. Bei der bevorstehenden strukturellen Steuerreform werden auch Verteilungsfragen anzusprechen sein.

Abstimmungsverhalten: Der Entwurf wird dem Budgetausschuss zugewiesen.

Quellen: Sozialistische Korrespondenz (SK), Parlamentskorrespondenz, eigene Recherchen
Zusammenfassung: **IOS-Management** (<http://www.ios.at>)

